



Stadtparlament: Interpellationen

**Interpellation Susanne Gmünder Braun: Pflegende Angehörige als Spitex-Angestellte?; schriftlich**

Susanne Gmünder Braun sowie 41 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 28. August 2012 die beiliegende Interpellation „Pflegende Angehörige als Spitex-Angestellte?“ ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

**1 Ausgangslage**

In der Schweiz widmen sich Tag für Tag unzählige Angehörige der Pflege und Betreuung ihrer betagten, erkrankten oder behinderten Familienmitglieder. Partnerinnen und Partner, Töchter, Söhne, Schwiegerkinder, Freunde, Bekannte, Nachbarn – sie alle zusammen bilden quasi den grössten Spitexdienst in unserem Land, und sie tun es ohne viel Aufsehen als stille Schafferinnen und Schaffer.

Rund zwei Prozent der Erwerbstätigen leben mit einer betreuungsbedürftigen Person im gleichen Haushalt. Etwa ebenso viele Erwerbstätige betreuen und pflegen Angehörige, die in einem anderen Haushalt leben. Angehörigenpflege findet zwischen Ehe- und Lebenspartnern, aber auch zwischen den Generationen statt. Sie ist Ausdruck familiärer Verbundenheit, eingebettet in ein System gegenseitiger Fürsorge, Verantwortung, Unterstützung und Rücksichtnahme.

So lange der Pflege- und Betreuungsbedarf von den Betroffenen gut zu bewältigen ist, nimmt die öffentliche Hand in unserem auf Subsidiarität basierenden System nur eine Nebenrolle ein, indem sie z.B. für ein entsprechendes Beratungsangebot sorgt und im Rahmen der Gesundheitsversorgung Entlastungsmöglichkeiten zur Verfügung stellt.



Der zeitliche Aufwand variiert jedoch je nach Pflege-, Hilfe- und Betreuungsbedarf von wenigen Stunden pro Woche bis zur belastenden Rund-um-die-Uhr-Präsenz. Was zu Beginn noch gut in den Alltag integrierbar war, kann mit fortschreitender Erkrankung so viel Raum und Zeit beanspruchen, dass Überforderung und komplette Erschöpfung der Pflegenden nicht weit sind. Ein Übertritt in eine stationäre Einrichtung wird in vielen Fällen von den Betroffenen und/oder ihren Angehörigen, soweit es irgendwie machbar erscheint, vermieden, aus persönlichen Gründen, aber teilweise auch, weil gerade für jüngere Patientinnen und Patienten oft keine geeigneten stationären Pflegeplätze vorhanden sind.

Wenn eine Person ihr Arbeitspensum reduziert, um ein zunehmendes Mass an Pflege für ein erkranktes Familienmitglied zu leisten, kann ihr dies zum beruflichen Nachteil gereichen:

- weniger Chancen auf dem Arbeitsmarkt;
- geringere Lohn- und Karrierechancen;
- fehlende Anerkennung ausserberuflich erworbener Kompetenzen;
- Dequalifizierung durch fehlende Berufsjahre;
- u.U. eine nicht den Qualifikationen entsprechende Beschäftigung und
- verstärkte materielle Abhängigkeit vom Einkommen der Partnerin bzw. des Partners.

Damit gehen negative Auswirkungen auf Einkommen, sozialversicherungsrechtliche Situation und die eigenen Rentenanwartschaften in der beruflichen Vorsorge einher. Angehörigenpflege kann so im schlimmsten Fall zum individuellen Armutsrisiko werden.

Dies steht im Widerspruch zur gesellschaftlichen Erwünschtheit der Angehörigenpflege. Ohne den täglichen Einsatz zehntausender pflegender und betreuender Angehöriger würde das Gesundheits- und Sozialwesen der Schweiz extrem belastet und damit auch die öffentlichen Finanzen.

## **2 Massnahmen in der Stadt St.Gallen und Beurteilung des Vorschlags einer Spitex-Anstellung pflegender Angehöriger**

Der Stadtrat ist sich des grossen persönlichen Beitrags pflegender Angehöriger bewusst. Es ist ihm ein Anliegen, städtischerseits dort zur Verbesserung der Rahmenbedingungen in der Angehörigenpflege beizutragen, wo auf kommunaler Ebene Möglichkeiten bestehen. Das Amt für Gesellschaftsfragen verfolgt die Thematik der Angehörigenpflege im Zusammenhang mit der Versorgungsplanung der stationären Betagteneinrichtungen und der ambulanten Angebote der Hilfe und Pflege zu Hause sowie der verschiedenen Beratungsstellen bereits seit einiger Zeit aufmerksam und ist auch bereits aktiv geworden. Im Sommer 2012 fand, in gemeinsamer Organisation mit der Fachhochschule St.Gallen und der Pro Senectute-



te, eine Publikumsveranstaltung für Betroffene statt; zurzeit laufen die Vorbereitungen für einen zweiten solchen Anlass, bei dem auch die Spitex-Organisationen mitwirken werden. Parallel dazu führen Studierende der Fachhochschule im städtischen Auftrag eine Befragung durch, die spezifische Aussagen zu den Umständen, Erfahrungen und Schwierigkeiten pflegender Angehöriger liefern soll. Die Ergebnisse sollen es Politik, Verwaltung und Leistungserbringern im Gesundheits- und Sozialwesen ermöglichen, bestehende Angebote zu überprüfen und geeignete Entlastungsmassnahmen zu entwickeln.

Eine solche Massnahme könnte die von der Interpellantin angeregte Anstellung von pflegenden Angehörigen bei der Spitex sein, sofern diese über eine berufliche Qualifikation im Gesundheitswesen verfügen.<sup>1</sup> Dies würde ihnen ermöglichen, zumindest einen Teil ihrer Pflegetätigkeit als bezahlte Spitex-Mitarbeitende zu absolvieren. Dieses Modell kann, wenn es in geeigneten Fällen sorgfältig implementiert wird, vielfältigen Nutzen stiften. Einerseits lassen sich die oben aufgeführten individuellen beruflichen Nachteile, die ein pflegender Angehöriger/eine pflegende Angehörige erleidet, teilweise aufwiegen. Die Überlastung kann abgebaut werden und die Lebensqualität steigt wieder, während der Patientin bzw. dem Patienten durch die gesicherte Verfügbarkeit der nahestehenden Pflegekraft, durch die fachliche Unterstützung, Anleitung und Qualitätssicherung geholfen wird. Andererseits gewinnt die professionelle Spitex unter Umständen zusätzliche personelle Kapazitäten, kann Wegzeiten vermeiden und auf einfache Weise die sehr erwünschte Bezugspflege mit einer Mitarbeiterin bzw. einem Mitarbeiter realisieren, die bzw. der rasch verfügbar und mit dem konkreten Fall intensiv vertraut ist. Die Spitex erschliesst sich auf diese Weise zudem Zugang zu neuen Mitarbeitenden, die möglicherweise auch nach Abschluss der speziellen Pflegesituation der Spitex im Rahmen einer ordentlichen Anstellung treu bleiben. Dies ist nicht zuletzt angesichts des zunehmend angespannten Arbeitsmarktes im Gesundheitswesen bedeutsam.

Was die politische Gemeinde als Subventionsgeberin und Mitfinanziererin aller Spitex-Leistungen betrifft, sieht die Rechnung im ersten Moment negativ aus, da neu auch ein Teil der bisher privat geleisteten Pflege über die Krankenversicherung abgerechnet wird, was entsprechenden Restfinanzierungsbedarf auslöst. Hier ist allerdings zu bedenken, dass diesen vergleichsweise geringfügigen Mehrausgaben im Zeitverlauf unter Umständen beträcht-

---

<sup>1</sup> Das Modell, so wie es z.B. in Köniz (BE) praktiziert wird, beinhaltet Folgendes: Pflegende Angehörige können von der Spitex angestellt werden, sofern sie mindestens den SRK-Kurs Pflegehelfer/in absolviert haben und noch im Erwerbsalter sind. Lohn und Sozialleistungen für die angestellten Angehörigen entsprechen den gängigen kantonalen Richtlinien. Die angestellten pflegenden Angehörigen profitieren von Weiterbildungen, bekommen Praxisbegleitungen und nehmen an Fachsitzungen teil. Das Arbeitspensum wird nach Bedarf der Kundin bzw. des Kunden abgeklärt, vom Arzt verordnet und im Stundenlohn vergütet. Vgl. auch das Infoblatt Nr. 1 vom Herbst 2011 der Spitex Köniz unter <http://www.spitex-regionkoeniz.ch>



liche Einsparungen gegenüberstehen, sei es bei der Restfinanzierung stationär erbrachter Pflegeleistungen für die Patientin bzw. den Patienten, welche bzw. welcher sonst in einem Pflegeheim betreut werden muss, sei es bei der aktuellen und zukünftigen finanziellen Existenzsicherung der bzw. des pflegenden Angehörigen (Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe in der Erwerbsphase, Ergänzungsleistungen im Pensionsalter).

Die Zuständigkeit für eine allfällige Anstellung pflegender Angehöriger liegt bei den vier Spitex-Organisationen mit städtischem Leistungsauftrag. Es steht ihnen frei, bei geeigneten Fällen und im Rahmen eines Projekts entsprechende Erfahrungen zu sammeln und auszuwerten. Dass dabei Leistungen entschädigt werden, die nicht nötig sind, ist aufgrund der ärztlichen Verordnungspflicht und der professionellen Bedarfsklärung der Spitex ausgeschlossen. Die allfällige Anstellung pflegender Angehöriger ist innerhalb des Vertragsverhältnisses zwischen der Stadt und den Spitex-Organisationen ohne weiteres möglich, da die Personalpolitik Sache der Spitex-Organisationen ist.

Der Stadtpräsident:  
Scheitlin

Der Stadtschreiber:  
Linke

Beilage:  
Interpellation vom 28. August 2012

